

Allgemeines

# Jüdisches Familienblatt

Wochenschrift für Politik, Literatur, Kunst und Wissenschaft

Ercheint Freitags. Redaktionsschluß Dienstag mittag. Nachdruck einzelner Beiträge, auch mit Quellenangabe, verboten. Zusendungen redaktioneller Art sind an die Leipziger Schriftleitung, Gerberstraße 48/50, zu richten

Anzeigenannahme, Verlag, Expedition und Schriftleitung Leipzig, Gerberstr. 48/50. Fernruf 21 516. Postscheck: Leipzig 21 690. Berliner Geschäftsstelle: M. Gonzer, N 24, Oranienburger Str. 26 (N 10094)

Bezugspreis: 80 Pfennige monatlich, 2.40 Mark vierteljährlich. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Pettzeile 30 Pfennige Platzvorschrift nach besonderem Tarif. Textinserte 1 M. pro Zeile. Inseratenschluß Mittwoch früh

## Chronik der Woche

**Großer Brandschaden in einem russischen Städtchen.** Moskau. Am Donnerstag, dem 29. Juli, wurde das Städtchen Dobromysl, Gouv. Witebsk, von Feuer heimgesucht. 31 meist von Juden bewohnte Häuser brannten in ganz kurzer Zeit vollständig ab. Mehrere jüdische Familien verloren ihre gesamte Habe.

**Liberales Staatsbürgerschaftsgesetz in der Tschechoslowakei.** Munkacevo. (JTA.). Das soeben in Kraft getretene neue Staatsbürgerschaftsgesetz für Karpathorußland gibt vielen Hunderten jüdischen Familien, die bis jetzt als staatenlos galten, die Möglichkeit, die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft zu erwerben. Zahlreiche jüdische Kriegswitwen, -waisen und -invaliden werden nunmehr staatliche Unterstützung erhalten können.

**Ueberhandnehmen der Mischehen in Oesterreich.** Wien. Laut halbamtlicher Statistik ist der Prozentsatz der Mischehen zwischen Juden und Christen in den letzten Jahren von 10 auf fast 30 Prozent gestiegen. Fast jede dritte Ehe, die ein Jude oder eine Jüdin eingeht, ist eine Mischehe. Im Jahre 1921 kamen auf 1300 jüdische Ehen in Wien etwa 450 Mischehen.

**Eine englische Pressemeldung über ein neues Projekt einer gesetzgebenden Versammlung in Palästina.** London. Daily Express" meldet aus Jerusalem, daß in diesen Tagen Besprechungen zwischen sechs Vertretern der arabischen Parteien und einem Vertreter der Palästina-Regierung abgehalten werden. Die Besprechungen sind vertraulich und beziehen sich auf die Schaffung einer Gesetzgebenden Versammlung und eines Senats. Die arabischen Vertreter verlangen, daß die Gesetzgebende Versammlung aus 22 Mohammedanern, 3 Christen und 3 Juden bestehen soll und daß ihr volles Vetorecht zugebilligt werde. Die Regierung aber will der Versammlung nur die Rechte zubilligen, daß sie Gesetze vorschlagen, eine gewisse Aufsicht über das Budget haben solle; auch soll ihr das Recht zustehen, über die Landespolitik zu diskutieren, Kritik an derselben zu üben und Anregungen zu geben.

**Die Landesversammlung des Halberstädter Verbandes beginnt am 29. August.** Halberstadt. Die Landesversammlung des Preussischen Landesverbandes gesetzestreuere Synagogen-Gemeinden und des Bundes gesetzestreuere jüdischer Gemeinden, die für den 22. August nach Fulda einberufen worden war, ist auf den 29. August d. J. verschoben worden. Zeit und Ort der Tagung bleiben die gleichen.

**Plenarsitzung des Geschäftsführenden Ausschusses der Agudah.** Wien. Am 12. und 13. August (2. und 3. Elul) wird in Wien eine Plenarsitzung des Geschäftsführenden Ausschusses der Agudas Jisroel abgehalten, zu welcher Delegierte des deutschen und polnischen GA. erscheinen werden. Auf der Tagesordnung stehen wichtige politische und organisatorische Angelegenheiten.

**Sitzung der Palästina-Zentrale der Agudas Jisroel.** Frankfurt a. M. In Anwesenheit von Rabbi Mosche Blau, Jerusalem, fand am 28. Juli in Frankfurt a. M. eine außerordentliche Sitzung der Palästina-Zentrale statt. Hauptgegenstand der Beratung bildete die Frage der Erhaltung des Schulwerkes der Agudas Jisroel in Palästina. Es wurde beschlossen, eine intensive Propaganda für das Schulwerk zu entfalten.

**Teilnahme der Gemeindeverbände an der Verfassungsfeier.** Berlin. Die Preussische Staatsregierung hat den Preussischen Landesverband jüdischer Gemeinden, Sitz Berlin, und den Preussischen Landesverband gesetzestreuere Synagogen-Gemeinden, Sitz Halberstadt, zur Teilnahme an der preussischen Verfassungsfeier, die am 8. August d. J. abgehalten wird, eingeladen. Der Preussische

Landesverband hat als seinen Vertreter bei der Verfassungsfeier die Herren Justizrat Lilienthal und Justizrat Sonnenfeld nominiert. Auch der Halberstädter Verband entsendet zwei Vertreter zu der Verfassungsfeier.

**Münchmeyer hat den Pfarrertitel verloren.** Berlin. Dem früheren Pfarrer von Borkum, Münchmeyer, ist der ihm bei seinem Rücktritt aus dem Pfarramt zunächst noch belassene Titel Pfarrer a. D. vom Landeskirchenamt Hannover jetzt durch besondere Verfügung entzogen worden. Münchmeyer hatte bekanntlich nach dem bekannten Prozeß und nach seiner Verabschiedung aus der Landeskirche die völkische Agitation in verstärktem Umfange wieder aufgenommen.

**Ein Kaschruth-Prozeß in Kanada.** Toronto. Ein interessanter Prozeß über Kaschruth-Fragen kam in diesen Tagen vor dem Gericht in Toronto zur Entscheidung. Der Fleischhändler Cohen klagte die jüdische Gemeinde auf Zahlung einer Entschädigung von 5000 Dollar, weil die Gemeinde seine Fleischwaren für „treifha“ (den rituellen Vorschriften zuwider) erklärt hatte. Das Gericht holte ein Gutachten des „Beth-Din“ der Union orthodoxer Rabbiner Amerikas und Kanadas ein. Das Gutachten lautete dahin, die Gemeinde und die Rabbiner hätten das Recht, jedes nicht unter ihrer Aufsicht geschächtete Fleisch für „treifha“ zu erklären. Das Gericht verwies den Fall zur endgültigen Entscheidung an das Rabbinergericht, welches die Klage des Fleischhändlers als unberechtigt zurückwies. In dem Urteil wird ferner gesagt, die Beschlüsse der Mehrheit der Rabbiner seien in Kaschruth-Fragen bindend. In Zukunft müssen alle Rabbiner der Gemeinde angehören und mit ihr zusammenarbeiten. Entscheidungen von nicht der Gemeinde angehörenden Rabbinern werden nicht anerkannt.

**Der Rabbiner von Baranowicz Gast des Marschalls Pilsudski.** Warschau. Dieser Tage weilte hier der Rabbiner von Baranowicz, der ein persönlicher Freund des Marschalls Pilsudski ist. Der Marschall lud den Rabbiner zu sich ein und verbrachte mit ihm sieben Stunden, von 6 Uhr abends bis 1 Uhr nachts, in intemem Gespräch. Die nächsten Freunde Pilsudskis, meist hohe Militärs, nahmen an der Unterhaltung teil.

**Werkzeug für jüdische Handwerker in Rußland.**

Berlin. Die kooperative Einkaufsgesellschaft, eine Sonderinstitution des Verbandes ORT für Versorgung jüdischer Handwerker mit Produktionsmitteln auf Kreditwege, hat in der letzten Zeit Verhandlungen mit den Kooperativbanken und jüdischen kooperativen Verbänden in Rußland gepflogen, die die Schaffung einer Grundlage für Versorgung der jüdischen Handwerker mit Maschinen, Rohstoff und Werkzeug im Kreditwege betrafen. Als Resultat dieser Verhandlungen wurde mit der zuständigen staatlichen Instanz ein Abkommen getroffen, auf Grund dessen die kooperative Einkaufsgesellschaft des Verbandes ORT die Möglichkeit erhielt, die Aktion für Versorgung der jüdischen Handwerker und Landarbeiter mit Produktionsmitteln durchzuführen. Die Einkaufsgesellschaft hat bereits einen Transport Maschinen und Rohstoffe nach Leningrad auf Bestellung der dortigen Kooperative „Trud“ abgehen lassen. Der Transport enthielt 21 Maschinen für Hutmacherei, 20 für Schuhmacherei, 15 Strickmaschinen, mehrere Trikotage-, Leder- und Knopfmäschinen im Gesamtwerte von 19 000 Dollar. Die Gegenstände wurden bereits jüdischen Handwerkern im Kreditwege überlassen. Demnächst werden Transporte, die für die jüdischen Handwerker in Odessa, Kiew, Charkow und anderen Städten bestimmt sind, abgehen.

**Ein internationaler Antisemitenkongreß im Oktober.** Bukarest. Die Zeitung „Cuvintul“ teilt mit, daß im Oktober d. J. in Budapest abermals ein internationaler antisemitischer Kongreß abgehalten werden wird. Die rumänisch-antisemitische Partei wird durch eine größere Delegation vertreten sein.

## Die jüdische Selbsthilfe

Zur „Ort“-Konferenz in Berlin

Vom 8. bis 10. August fand in Berlin die dritte allweltliche Konferenz des Verbandes „Ort“ unter Beteiligung von Vertretern aus verschiedenen Ländern statt. Die Ziele und die Leistungen des „Ort“ sind in der jüdischen Öffentlichkeit gut bekannt. Der Verband „Ort“ betont in stärkster Weise die soziale Seite der Judenfrage. Während man noch vor wenigen Jahrzehnten die Judenfrage als ein innerpolitisches Problem in den einzelnen Ländern jüdischer Siedlung betrachtete, ist man in den letzten Jahren zu tieferen Einsichten in das Wesen dieser komplizierten Erscheinungen gelangt. Man weiß heute, daß die jüdische Frage politischer, kultureller, nationaler aber auch in hohem Maße sozialer Art ist. Wenn man den Juden, einerlei, um welche Länder es sich handelt, nachhaltig helfen will, so muß man sein Hauptaugenmerk auf die soziale Gliederung der Juden in ihren Wohnländern richten. Die allgemeine Wirtschaftsentwicklung in der Welt, das Entstehen großer zentraler Industrie- und Handelsverbände, die Einengung des Betätigungsfeldes der kleinen Handwerker und der freien Berufe, zwingt zu einer Umschichtung und bei den Juden insbesondere zu einer Produktivierung. Bekanntlich sind die Juden fast in allen Ländern infolge eines Jahrhunderte langen Verdrängungsprozesses von der Urproduktion abgeschnitten. Es gilt nur, die Juden dieser Urproduktion zuzuführen und sie vor allem aus dem Zustande des Luftmenschentums herauszureißen. Der „Ort“ betont diese Notwendigkeit der jüdischen Selbsthilfe in viel stärkerem Maße als alle anderen jüdischen Organisationen und demgemäß richtet sich sein Hauptbestreben, unter den Juden der ganzen Welt Landwirtschaft und Handwerk zu verbreiten, d. h. die Juden zu produktivieren. Es ist erfreulich, daß das Verständnis für diese Forderung bei allen Schichten des jüdischen Volkes in ständigem Wachsen begriffen ist und selbst in Ländern, wo die Formen der jüdischen Not, wie sie zum Beispiel in Polen zu Hause ist, unbekannt sind, fördert man die Bestrebungen des „Ort“ nicht nur im Hinblick auf die osteuropäischen Massensiedlungen, sondern bemüht sich auch, die Grundsätze des „Ort“-Verbandes im eigenen Lande zur Durchführung zu bringen. Bei den Arbeiten des „Ort“ handelt es sich ebenso wie bei den Bestrebungen anderer jüdischer Wohlfahrtsinstitutionen eigentlich um Aufgaben, die bei anderen Völkern der Staat erfüllt. Da wir Juden aber in der ganzen Welt zerstreut sind und keine alle Juden umfassende Pflichtorganisation besitzen, sind wir gezwungen, derartige Aufgaben voraussehender Volkspolitik durch Verbände zu leisten, die sich auf freier Mitgliedschaft und freiwilligen Beiträgen aufbauen. Das Entstehen des „Ort“ und anderer großer Wohlfahrtsverbände im jüdischen Volke ist ja ein Zeichen der wachsenden Erkenntnis von der Zusammengehörigkeit des jüdischen Volkes in der ganzen Welt.

Sieht man aber ein, daß es sich bei den Bestrebungen des „Ort“, des „Emigdirect“ oder der „Ose“ um sozusagen allgemein „staatliche“ Aufgaben des jüdischen Volksganzen handelt, so muß man sich fragen, ob es nicht angezeigt wäre, daß all diese Institutionen nicht vollständig unabhängig voneinander und infolgedessen manchmal auch gegeneinander arbeiten. Wenn man bedenkt, daß jede dieser Organisationen einen besonderen Sammelapparat unterhalten muß, sich eigenmächtig an das jüdische Publikum um Förderung und Unterstützung wendet und überdies gezwungen ist, kostspielige Verwaltungsinstanzen ins Leben zu rufen und zu besolden, so ist die Konklusion nahe, daß jüdisches Volksgeld hierbei zum großen Teil nutzlos vertan wird. Wäre es nicht viel logischer, wenn eine einzige Zentralinstanz des jüdischen Volkes mit der Wahrnehmung all dieser notwendigen Aufgaben der jüdischen Selbsthilfe betraut wäre und ihrerseits kontrollierend eingreifen könnte, damit die einzelnen Institutionen nicht überflüssigerweise in gleichen

1926  
aus  
Alters  
gen,  
t mit  
erb.  
esch.  
8/50  
ng  
au  
treng  
inhalt  
nen  
Küche  
m zu  
d. Bl.  
lle  
ntelli-  
m aus  
lichst  
iker.  
a die  
lattes.  
ndels-  
Büro-  
und  
str. 23  
ot!  
ette  
er  
90 cm  
10 cm  
htisch  
stühle  
20  
3  
76  
en  
03.